

Aus Kreistag und Hauptausschuss

Einer der ganz wenigen interessanten Tagesordnungspunkte der letzten Kreistagsitzung war der 5. Regionale Nahverkehrsplan 2022 – 2026. Torsten Hauwetter, verkehrspolitischer Sprecher der CDU, führte für seine Fraktion aus, dass der vorgelegte Nahverkehrsplan neue Maßstäbe setze. Er stellte die Leitplanken dar, und innerhalb dieser Leitplanken bewege sich der Kreis mit dem Ziel, den ÖPNV zu verbessern. Es gebe viele Maßnahmen, durch die das ÖPNV-Angebot für die Bürgerinnen und Bürger massiv erweitert würde. Gerade als Pinneberger freue er sich sehr, dass der Kreis Pinneberg erstmals mit einem Schnellbus direkt an den Flughafen Hamburg angebunden werde.



für den Regionalen Nahverkehrsplan, und der Kreistag kam dieser Bitte einstimmig nach.

Bei der Beratung darüber, ob die Aktuelle Stunde, zu der die AfD/KWGP-Fraktion das Thema „Ist die Landrätin noch die richtige Besetzung in dem Amt?“ angemeldet hatte, öffentlich oder nichtöffentlich behandelt werden müsse, zeigte sich deren Abgeordneter Schalhorn verwundert, dass der Kreispräsident und der Ältestenrat sich für die Nichtöffentlichkeit entschieden hätten. Dabei gab es gar keine Alternative, was auch vom Fachdienst Recht bestätigt wurde. Der Antrag, die Aktuelle Stunde im nichtöffentlichen Teil abzuhalten, erhielt nicht nur die erforderliche Zweidrittel-, sondern eine überwältigende Mehrheit gegen die Stimmen von AfD/KWGP und eines fraktionslosen Abgeordneten.



Für etwas Entspannung in der gereizten Stimmung sorgte der Kreispräsident. Er warb dafür, dass an dieser Stelle keine „schmutzige Wäsche gewaschen“ werde und bat eindringlich darum, die Landrätin nicht zum Objekt von persönlichen Angriffen werden zu lassen: „Frau Heesch ist kein Objekt, sie ist ein Subjekt“.

Im Hauptausschuss am 21. September zog der Abgeordnete Helmuth Jahnke (SPD) seinen Antrag zur Rekommunalisierung der Abfallentsorgung erwartungsgemäß zurück. Allerdings benötigte er dafür satte 14 Minuten. Das hätte man auch in einem Satz sagen können.

Zur Auflockerung in dieser Sitzung sorgte mehrmals auch die Landrätin Elfie Heesch. Zunächst sprach sie ins Mikrofon, blieb aber lautlos: „Scheint, dass der Saft ausgegangen ist“, so die Landrätin. Ein Abgeordneter der CDU: „Vielleicht mal mit Wasserstoff versuchen“. Darauf der Vorsitzende der wasserstoffhörigen AfD: „Gute Idee!“



Zu dem extrem hohen Preis der Fahrradabstellanlage erklärte Frau Heesch: „Der Wert von Stahl ist gestiegen“. Ein CDU-Abgeordneter daraufhin: „Vielleicht sinkt der Wert von Stahl aber auch, wenn die SPD weiterhin so abenteuerliche Anträge stellt“. Gemeint war jedoch deren Fraktionsvorsitzender Hans-Peter Stahl.



EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

die letzte Kreistagssitzung war eine Herausforderung für die Geduld der Abgeordneten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung und der Besucherinnen und Besucher. Eigentlich hatte die Tagesordnung nicht viel hergegeben. Aber die Debatte über den Tagesordnungspunkt „Einleitung von Maßnahmen wegen Verletzung der Verschwiegenheitspflicht“ überschattete alles. Festzuhalten bleibt, dass Verschwiegenheitsbruch kein Kavaliersdelikt ist. Auch der Abgeordnete, dem die Verfehlung vorgeworfen wird, ist zu Beginn der Wahlperiode per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten verpflichtet worden. Eine der wichtigsten Verpflichtungen eines Kommunalpolitikers ist eben auch die Einhaltung der Vertraulichkeit bei Beratungen in nichtöffentlichen Sitzungen.

Da der Tagesordnungspunkt nichtöffentlich verhandelt wurde, kann die CDU in ihrem NewsLetter nicht näher auf das Verfahren eingehen. Auf jeden Fall ist ein entsprechendes Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen einen Kreistagsabgeordneten eingeleitet worden, und man darf auf den Ausgang gespannt sein.

Ein weiteres Novum in dieser Sitzung war, dass die Aktuelle Stunde, die ja eigentlich dafür vorgesehen ist, dass die Fraktionen zu aktuellen Themen der Öffentlichkeit ihre Standpunkte erläutern, in nichtöffentlicher Sitzung abgehandelt werden musste. Das aber lag nicht in der Verantwortung des Kreistages, sondern daran, dass die AfD/KWGP-Fraktion ein Thema beantragt hatte, das schlicht und einfach nichtöffentlich behandelt werden musste, da berechnete persönliche Interessen der Landrätin dies nicht anders zuließen.

Mit herzlichen Grüßen,

Ihre

Heike Beukelmann
Fraktionsvorsitzende

Kreistagsabgeordnete im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Was machen eigentlich unsere zwei Landtagsabgeordneten, die zugleich auch im Kreistag und hier für die Kreistagsfraktion arbeiten: Birte Glißmann und Martin Balasus.

Besonders stark in die Arbeit der Landtagsfraktion eingebunden ist Birte als Fraktionsgeschäftsführerin. Martin hat schon zweimal in der Kreistagsfraktion einen kurzen Bericht aus Kiel abgegeben, was die Kolleginnen und Kollegen in beiden Fällen zu engagiert geführten Diskussionen anregte.

So machte er Ausführungen zur Sprachkita, zu der er sich als bildungspolitischer Sprecher in besonderem Maße engagiert. Er machte Ausführungen zum Entlastungspaket und erklärte, dass mehrere ehrenamtliche Bürgermeister zu ihm Kontakt



aufgenommen und ihm ihre Befürchtungen zur Flüchtlingsproblematik geschildert hätten. Auf Anregung der Fraktionsvorsitzenden nahmen letztendlich auch Bürgermeister am Gipfeltreffen der Landrätin mit Verwaltungsleiterinnen und -leitern teil. Auch über die Problematik einer Anmietung des alten Wedeler Krankenhauses und die enorm hohen Kosten, die dadurch entstehen würden, wurde angeregt diskutiert.

Wichtiges Thema der Diskussion war auch das Finanzausgleichsgesetz (FAG) und dessen Auswirkungen auf die Finanzen des Kreises Pinneberg, der weniger erhalten als vorgesehen. Dazu kämen weitere unvorhersehbare Belastungen auf den Kreis zu. Bis vor kurzem habe man noch mit einem Planergebnis von annähernd 3 Mio. Euro gerechnet, jetzt belaufe es sich auf ein Minus zwischen 7 und 8 Mio. Euro und auch die Steuerschätzung müsse noch korrigiert werden, erklärte Britta Krey, die finanzpolitische Sprecherin der Fraktion.

Zur aktuellen Debatte um die Bücher von Karl May hat Martin Balasus einen interessanten Presstext unter dem Titel „Winnetou darf nicht noch einmal sterben“ verfasst, in dem er u.a. erklärte:

Karl May und seine Bücher seien Kultur. Cancel-Culture-Versuche, die auf den Schriftsteller abzielten, der Generationen von insbesondere jungen Menschen begeistert habe, gefährdeten letztendlich unser aller Freiheit. Denn heute sei es Karl May, aber welcher Autor, Künstler oder Musiker komme als Nächstes dran?

Er frage sich, warum der Ravensburger Verlag vor einer offenbar unwissenden Woke-Aktivistin-Szene eingeknickt sei, indem er das Buch „Der junge Häuptling Winnetou“ vom Markt genommen hätte. „Winnetou verbieten? Das ist totaler Quatsch! Das können nur Ignoranten fordern, die die Werke Karl Mays entweder nicht gelesen oder nicht verstanden haben. Der Apa-chen-Häuptling und sein Freund Old Shatterhand stehen für die Versöhnung zwischen „Ur-Einwohnern“ und „Weißen“, so Balasus. Sie gehörten zu seinen liebsten Kindheitshelden und sie würden es auch bleiben.

Abschließend stellte Balasus klar: „Ich lasse mir von dieser Woke-Community nicht vorschreiben, was ich lesen darf und was nicht. Derartige Zensurversuche rütteln an den Grundfesten unserer Errungenschaften und der Aufklärung. Kulturfeinde sind nicht die Mehrheit und dürfen nicht gewinnen. Lesen Sie Karl May und stehen Sie dazu“.

Martin Balasus äußerte sich auch als sportpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion: Sport sei Gemeinschaft, wirke sich positiv auf die Gesundheit und Motorik aus, bedeute sozialen und kulturellen Austausch und fördere Gemeinsamkeit, Toleranz, Respekt und Solidarität, sagte er am Rande der Konferenz der sportpolitischen Sprecher von CDU/CSU aus Bund und Ländern. Dadurch vermittele der Sport eine Bandbreite von Kompetenzen, Kenntnissen sowie Werten und fördere Persönlichkeitsentwicklung insbesondere bei Kindern und Jugendlichen.

Durch diese Möglichkeiten seien Sportvereine auch weit mehr als „nur“ Sport. Sie stünden für Zusammenhalt, Leidenschaft und Teilhabe. Da der Breitensport vom Ehrenamt lebe, sei es wichtig, geeignete Rahmenbedingungen, wie einen verdienten gesamtgesellschaftlichen Stellenwert oder eine „Ehrenamtskarte“ im Bund zu prüfen.

Seit jeher seien Sportvereine eine Schule für Demokratie. Deshalb müsse auch eine gerechtfertigte Erhöhung der Mittel für Neubau oder Sanierungen, gerade in Anbetracht steigender Baukosten erfolgen. Es seien somit ein Sonderförderprogramm des Bundes und ergänzende Förderprogramme der Länder nötig. Diese Gelder sollten mit größtmöglicher Autonomie der Sportvereine eingesetzt werden, wobei gerade die zukunftsorientierte Entwicklung der Sportstätten-Infrastruktur unabdinglich sei.

Sport sei der größte außerschulische Bildungsträger. Landessportschulen würden somit maßgeblich die Qualität der Angebote von Sportvereinen, durch ihre Aus- und Weiterbildungen bestimmen. Demnach sollten diese auch erhalten bleiben und weiter unterstützt werden, da nur mit ihnen dem Breitensport die Offensive zur

und Bindung von Übungsleiterinnen und -leitern gelingen werde.

Eine erneute Schließung der Sportstätten im Herbst und Winter hätte fatale Folgen. So werde der Sport nun zeitgleich von der Corona-Pandemie und der Energiekrise belastet. Dies dürfe aber nicht zum Nachteil des Schwimmunterrichts geschehen. Die Ankündigung des Landessportverbandes, auch im Winter Sporthallen zu öffnen, sei die richtige Antwort auf diese für den Sport existentielle Frage.

Erste Rede im Landtag

Ihre erste Rede im Landtag hat Birte Glißmann in diesen Tagen gehalten. Es ging um den Verfassungsschutzbericht 2021 und den CDU-Antrag zum Schutz von Kandidatinnen und Kandidaten zu Wahlen.

Mit dem Antrag unterstütze die CDU die Änderung der Kreis- und Gemeindevahlordnung. Dadurch ermögliche man es Kandidatinnen und Kandidaten bei Wahlen auf dem Stimmzettel nur noch die Postleitzahl und den Wohnort angeben zu müssen und so ihre Privatsphäre zu schützen. Damit leiste die CDU einen Beitrag, die Demokratie in Schleswig-Holstein zu schützen!

Der Verfassungsschutzbericht zeige, dass sich leider immer mehr Menschen in Schleswig-Holstein jenseits der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegten und sich im Netz radikalisierten. 2021 habe die politisch motivierte Kriminalität um traurige 40% zugenommen. Glißmann drückte ihren Dank an den Verfassungsschutz für die wichtige Arbeit zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens aus. Man müsse den Verfassungsschutz künftig noch besser ausstatten und bei seiner Reform unter anderem die Aggressionsklausel abschaffen.



Birte Glißmann war auch beim 25-jährigen Jubiläum des Kindergartens „Storchennest“ dabei. Dieser habe sich in den letzten 25 Jahren sehr verändert. Begonnen habe alles als Kinderstube mit fünf Kindern, inzwischen gebe es über 80 Kinder in der Kita. Von Hummeln bis Mäusen, von Fröschen bis Störchen - in den tierischen Gruppen der Kita ist in zwei Krippen- und drei Elementargruppen für alle was dabei.

Bereits im Mai habe sie den Kindergarten im Rahmen einer Hospitation besucht und dadurch einen guten Einblick in den Arbeitsalltag von Erzieherinnen und Erziehern gewinnen können.

Pressemitteilungen der Kreistagsfraktion

Qualitätssteigerung bei der Teilhabe-Beratung

CDU unterstützt zusätzliche Angebote für Menschen mit Behinderung

Seit 4 Jahren bietet die „Ergänzende Unabhängige Teilhabe-Beratung“ in Elmsborn (EUTB) in der Trägerschaft der Alzheimer Gesellschaft Kreis Pinneberg eV ein niedrigschwelliges Beratungsangebot für Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen. Sie verfolgt die Beratungsmethode des „Peer Counseling“, bei der Selbstbetroffene als Berater tätig sind und zu Fragen der Teilhabe für alle Altersgruppen beraten.

Das Team ist mit 2 Sozialarbeiterinnen und einer Psychologin besetzt, und alle drei sind selbst betroffen oder Angehörige von Menschen mit Behinderungen. Auch im Beirat sind Personen mit Peer-Bezug vertreten. Vorsitzender ist der Behindertenbeauftragte des Kreises Pinneberg, Axel Vogt.

Nun möchte die EUTB ihr Angebot um aufsuchende Beratung und externe Sprechstunden in der Region erweitern. „Die CDU-Kreistagsfraktion begrüßt die geplante Ergänzung. Sie ist eine wichtige Qualitätssteigerung des Beratungsangebotes“, erklärt die Fraktionsvorsitzende Heike Beukelmann. Allerdings ende die Laufzeit des Projektes mit Ablauf des Jahres 2022. Darum habe die Alzheimer Gesellschaft beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen erneuten Antrag gestellt.

„Die Pauschalen im Rahmen der ehrenamtlichen Peer-Beratung, die Leasing-Kosten eines Dienstwagens und die Raumkosten für die externe Beratung sind durch die Bundesförderung allerdings nicht gedeckt“, erläutert Sonja Wehner, sozialpolitische Sprecherin der CDU.

Deshalb setze sich ihre Fraktion dafür ein, dass der Kreis die nicht durch die Bundesförderung gedeckten Kosten übernimmt.

Für den Fall, dass das Ministerium die zur Fortführung der Teilhabe-Beratung erforderliche Förderung gewährt, sollen die zusätzlich notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 10.358,40 zum Doppelhaushalt 2023/24 angemeldet werden. Für die Sitzung des Sozial-Ausschusses habe die CDU-Fraktion einen entsprechenden Antrag gestellt.

Fraktionschefin Beukelmann appelliert an die anderen Fraktionen, die Übernahme der Kosten, die der Bund nicht übernimmt, mitzutragen.

Antrag der SPD zur Kitabau-förderung ist Augenwischerei

Mehr als vier Jahre setze sie sich erfolgreich für ausgeglichene Haushalte ein, lobt die CDU-Fraktionsvorsitzende Heike Beukelmann die Vorsitzende des Kreisfinanzausschusses, Britta Krey (CDU). Zwei Doppelhaushalte seien unter ihrer Leitung schon verabschiedet worden. In dieser Zeit sei der Kreis entschuldet und die Kreisumlage um historische 7,6 % gesenkt worden, wodurch Städte und Gemeinden eine nie dagewesene Entlastung erfahren hätten. „Während diese unter der Last der kommunalen Kosten ächzen, steht der Kreis heute vergleichsweise gut da“, so Beukelmann.

Das bedeute aber nicht, dass man die zur Verfügung stehenden Mittel mit beiden Händen aus dem Fenster schmeißen müsse, kritisiert Krey einen Antrag der SPD-Fraktion, der vorsehe, 10 Mio. Euro für die Förderung des Kitabaus in den Haushalt einzustellen. „Ein reiner Show-Antrag, mit dem den Menschen wohl suggeriert werden soll, die Mitglieder der SPD-Fraktion seien die großen Kümmerer“, so Krey. In der Vergangenheit habe die SPD pauschal 10 Mio. für ein Gründer- und Technologiezentrum sowie 10 Mio. für den Katastrophenschutz gefordert. Anstatt sich als „10-Millionen-Fraktion“ profilieren zu wollen, sollten die Genossen besser das Prinzip von Haushaltswahrheit und -klarheit verinnerlichen. Das Innenministerium habe bereits signalisiert, dass es eine Haushaltsgenehmigung nur erteilen werde, wenn mindestens 60 % des Haushaltsansatzes für Investitionen in dem betreffenden Jahr verbaut worden seien.

Ortwin Schmidt, jugendpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion teilt die Verärgerung von Britta Krey. Die SPD habe bei den Beratungen zum letzten Doppelhaushalt schon 10 Mio. Euro für die Kitabau-Förderung angemeldet. Jetzt wolle sie wieder 10 Mio. einstellen. „Das ist fernab jeglicher Realität“, so Schmidt. Der Kreistag habe damals 3 Mio. Euro bereit gestellt, um die Kommunen entlasten zu können. Verbaut worden seien davon allerdings nur 330.000 Euro – gerade einmal 11 %. Grund seien die fehlende Verfügbarkeit von Baufirmen und der Mangel an bezahlbaren Materialien. Da derzeit weitere Kitabau-Projekte noch nicht zuteilungsreif seien, könnten derartige Mittel, wie von der SPD gefordert, in naher Zukunft auch gar nicht verbaut werden.

Bereits Anfang des Jahres sei die Pro-Platz-Förderung von 3.000 auf 8.000 Euro angehoben worden. Jetzt habe die CDU den Antrag gestellt, einen Teil der Restmittel in den Kitabau-Sonderfonds umzuwidmen. Damit könnten die Kommunen, die in diesem Jahr noch mit dem Bau beginnen, eine noch höhere Förderung erwarten. Einmal mehr sei es die CDU, die Verantwortung übernehme. Anstelle Augenwischerei werde man mit realistischen Maßnahmen den Kitabau im Kreis Pinneberg sicherstellen.

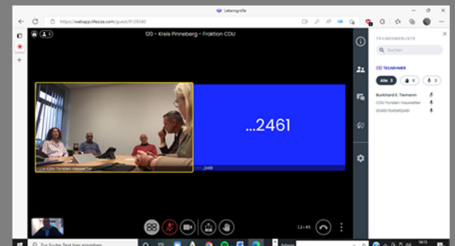
Aktuelles



Wegen des starken Regens wäre das Pinneberger Kinderfest um ein Haar ins Wasser gefallen. Dabei hatte sich mit der Bildungsministerin Karin Prien prominenter Besuch eingefunden. Außerdem anwesend: Kreispräsident Helmuth Ahrens, Pinnebergs Bürgermeisterin Urte Steinberg, Bürgervorsteherin Natalina di Racca-Boenigk sowie die Vorsitzende Heike Beukelmann, Alexandra Waßong und Stephan Schmidt von der CDU-Kreistagsfraktion.



Die Teilfraktion des Wirtschaftsausschusses hat im September erstmalig mit dem neuen Equipment der Kreisverwaltung eine Hybrid-sitzung durchgeführt – mit Erfolg. Es ist damit zu rechnen, dass dieses Format noch öfter genutzt werden wird, falls Corona uns im Herbst wieder heimsuchen sollte.



Im Benediktiner-Kloster Nütschau in Travenbrück fand ein „Rentnertreffen“ der besonderen Art statt: Auf Einladung des Stornarner Kreispräsidenten Hans-Werner Harmuth und des Landrats Henning Goertz kamen die ehemaligen Kreispräsidenten aus ganz Schleswig-Holstein zu ihrem alljährlichen Treffen zusammen. Mit dabei Alt-Kreispräsident Burkhard E. Tiemann (3. v. r.), der 2023 Gastgeber sein wird.





Zwei Mitglieder der CDU-Kreistagsfraktion feierten im September Geburtstag.

Der NewsLetter gratuliert

Sonja Wehner
und
Ortwin Schmidt

sehr herzlich und wünscht ihnen Glück,
Gesundheit, Zufriedenheit und
kommunalpolitischen Erfolg.



Beide arbeiten in herausgehobenen Funktionen – Sonja Wehner als fachpolitische Sprecherin für Soziales und Ortwin Schmidt für Jugendhilfe – eng zusammen, da sich ihre Aufgabengebiete oft auch überschneiden.

Ortwin Schmidt ist darüber hinaus auch gewähltes Mitglied des Fraktionsvorstandes.



Trauer um Reimer Lange



Die CDU im Kreis Pinneberg und die Mitglieder der Kreistagsfraktion trauern um ihren verdienten Parteifreund

Reimer Lange

Seit 1971 gehörte er der Christlich Demokratischen Union an. Von 1974 bis 1986 war er Mitglied der Ratsversammlung der Stadt Quickborn und von 1978 bis 1986 Bürgermeister.

Von 2000 bis 2005 war er als Kreisschatzmeister Mitglied des Kreisvorstandes. Außerdem gehörte er der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung (MIT) des Kreises Pinneberg an, von 1993 bis 1994 als Kreisvorsitzender. Jahrzehntlang war er dem Evangelischen Arbeitskreis (EAK) als aktives Mitglied verbunden.

Von 2003 bis 2005 war er Mitglied des Pinneberger Kreistages und wirkte mit im Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr, als stellvertretendes Mitglied im Hauptausschuss sowie in einigen Aufsichtsräten.

Von 2000 bis 2018 bekleidete er das Amt des Fluglärmschutzbeauftragten des Kreises Pinneberg.

Die Kreistagsfraktion dankt Reimer Lange für sein großes bürgerschaftliches Engagement im politischen wie im vopolitischen Raum. Er hat sich für das Gemeinwohl und um die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Quickborn und des Kreises Pinneberg verdient gemacht.

Die Kreistagsfraktion und ihre Mitglieder werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren und ihr Mitgefühl gilt seiner Familie.

TERMINE im Oktober 2022:

Donnerstag, 06.10.2022, 18.00 Uhr:

Sitzung des Ausschusses für Soziales,
Gesundheit, Gleichstellung und Senioren
Elmshorn, Kreishaus

Montag, 17.10.2022, 19.00 Uhr:

Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstandes,
Videokonferenz

Mittwoch, 19.10.2022, 16.30 Uhr:

Sitzung des Hauptausschusses,
Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 19.10.2022, 19.00 Uhr:

Sitzung der CDU-Fraktion, Elmshorn, Kreishaus

Montag, 24.10.2022, 19.00 Uhr:

Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstandes,
Videokonferenz

Dienstag, 25.10.2022, 18.30 Uhr:

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft,
Regionalentwicklung und Verkehr,
Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 26.10.2022, 18.00 Uhr:

Sitzung des Kreistages
Elmshorn – Smart Factory

Donnerstag, 27.10.2022, 18.30 Uhr:

Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur
und Sport
Elmshorn, Raboisenschule

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion
im Pinneberger Kreistag

Redaktion/Produktion: Burkhard E. Tiemann

Fotos: CDU, Kreis Pinneberg, B. E. Tiemann,

Redaktionsadresse:

CDU-Kreisgeschäftsstelle
Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg

Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761

Email: b-e-t@gmx.de

www.cdu-kreistag-pinneberg.de